

SA- und SS-Leute zwangen Alzeier Juden, die Wände in der Antoniterstraße von antinazistischen Wahlkampfparolen zu säubern. Dieses Foto wurde als Bildpostkarte verbreitet und erschien in den „Rhein Hessischen Volksblättern“ vom 12. Mai 1933.

1. Teil: **KZ Osthofen**

Allgemeine Einführung

Rheinland-Pfalz war erst 1946 auf Anordnung des damaligen Befehlshabers der französischen Besatzungszone General Koenig aus ehemals preußischen, bayrischen, hessischen und oldenburgischen Teilen neu geschaffen worden. Vorher bildete Rheinhessen – zusammen mit den heute hessischen Provinzen Oberhessen und Starkenburg – den Volksstaat Hessen.

Nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 taten die Nationalsozialisten im gesamten deutschen Reich alles dafür, um die Länderregierungen zu stürzen oder durch die Entsendung von NSDAP-Reichskommissaren zu entmachten. Dreh- und Angelpunkt dabei war die Erringung der Befehlsgewalt über die Polizei.

In Hessen bildeten zu dieser Zeit SPD und Zentrum unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Bernhard Adelung eine Minderheitsregierung. Die Polizeiführung mit ihrem Innenminister Wilhelm Leuschner sowie dessen Pressesprecher und Berater Carlo Mierendorff an der Spitze galt als prorepublikanisch und „linksorientiert“ und war den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge. Bereits am 10. Februar forderte Reichsinnenminister Wilhelm Frick (NSDAP) einen „Kurswechsel“ der hessischen Polizeiführung zur „Befriedung des Landes“. Tatsächlich ging es ihm um die Entmachtung der

sozialdemokratischen Landesregierung. Der Brand des Reichstages am 28. Februar 1933 lieferte den neuen Machthabern den Vorwand, gewaltsam gegen die Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter vorzugehen. Grundlage für die Außerkraftsetzung elementarer Grund- und Menschenrechte war die am kommenden Tag vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg in Kraft gesetzte „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“.

Die Wahlen zum Reichstag am 5. März 1933 brachten der NSDAP in Hessen 47,4 Prozent der Stimmen ein. Damit lag die Partei beinahe 4 Prozent über dem Reichsdurchschnitt. In den ländlichen Kreisen in Rheinhessen schnitten die Nationalsozialisten sogar noch besser ab. Mit diesem Ergebnis war es ein Leichtes, die hessische Landesregierung aus SPD und Zentrum abzulösen. Den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Adelung stellten die Wahlsieger unter Hausarrest und in der Landeshauptstadt sowie in anderen Städten und Gemeinden besetzten sie Gewerkschaftshäuser und Presseorgane der SPD. Am 13. März 1933, acht Tage nach den Reichstagswahlen, wurde die noch amtierende hessische Landesregierung auch formal abgesetzt. Der Landtag wählte Prof. Ferdinand Werner, Mitglied der Alt-Völkischen Bewegung und bis 1931 einziger nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter,

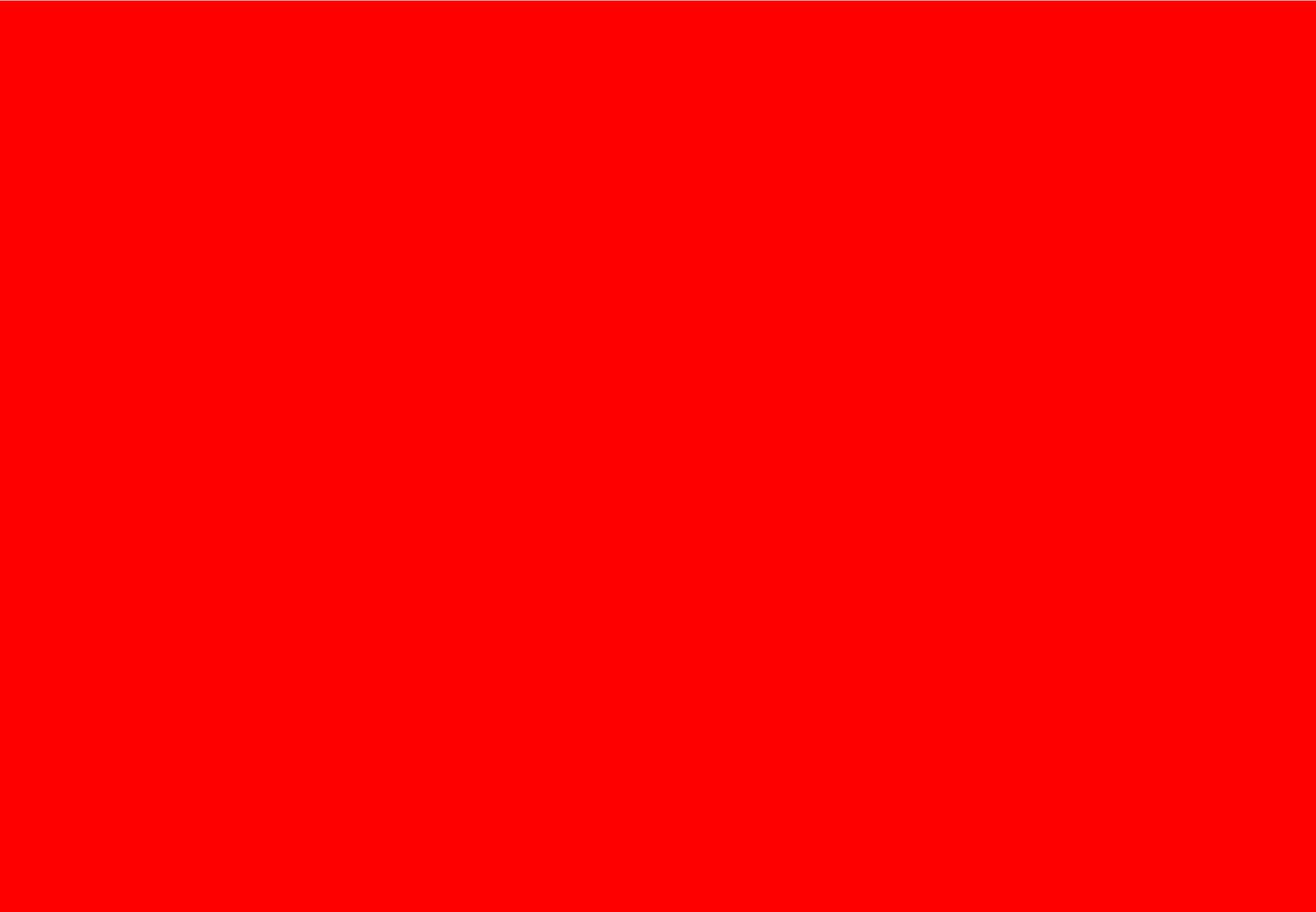
zum neuen Präsidenten des Volksstaates Hessen. 15 SPD-Abgeordnete votierten gegen die Ernennung Werners, während die bürgerlichen Parteien einschließlich des Zentrums geschlossen ihre Zustimmung gaben. Alle Abgeordneten der KPD und der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) sowie ein Parlamentarier der SPD waren zu diesem Zeitpunkt entweder bereits verhaftet oder hielten sich versteckt. Der Landesregierung gehörte neben dem Ministerpräsidenten nur noch ein einziges weiteres Mitglied an: Dr. Heinrich Müller übernahm die Ministerien für Inneres, Justiz und Finanzen. Zum „Staatskommissar für das Polizeiwesen in Hessen“ wurde Dr. Werner Best ernannt. Schon ab dem 8. März hatte er unter der Bezeichnung „Sonderkommissar für das Polizeiwesen in Hessen“ faktisch die Leitung der Landespolizei übernommen und sogleich mit der Umstrukturierung des Polizeiapparates begonnen. Eine seiner ersten Amtshandlungen war die Einrichtung eines Konzentrationslagers für das Land Hessen in einer leer stehenden Papierfabrik in Osthofen, das dem Vollzug der politischen Polizeihaft dienen sollte und seiner Zentralpolizeistelle in Darmstadt unterstand.

Während dieser Sitzung am 13. März, also noch ehe die Nazis ein für das ganze Reich gültiges „Ermächtigungsgesetz“ durchsetzten, erließ der Landtag in Hessen ein eigenes Gesetz, dem alle bürgerlichen Parteien zustimmten. Lediglich die noch anwesenden Mitglieder der SPD-Fraktion enthielten sich der Stimme. Mit diesem Gesetz erteilte das Parlament mit Zweidrittelmehrheit der nationalsozialistischen Landesregierung umfassende Vollmachten. Sie wurde ermächtigt, ohne Zustimmung der Abgeordneten wichtige Entscheidungen zur Beseitigung „der Not von Volk und Staat“ sowie zur „Sicherung von Personen und Eigentum“ zu treffen. Nach dieser Selbstentmachtung vertagte sich der Landtag für ein halbes Jahr. Diese erste Phase der „Machtübernahme“ war von einer Ver-

haftungs-, Beschlagnahmungs- und Terrorwelle gekennzeichnet. Sie richtete sich vor allem gegen die Organisationen der Arbeiterbewegung, aber auch bereits gegen die jüdische Bevölkerung. Am 28. Februar 1933 trafen sich im Wormser „Volks- haus“, dem Vereinshaus der Gewerkschaft, gut gelaunte Menschen zum Lumpenball. Das fröhliche Treiben dieses Fastnachtdienstags fand ein jähes Ende, als die Nationalsozialisten in die Menge schossen und den Wirt Philipp Weiß tödlich trafen. Am gleichen Tag brachte der braune Mob in Worms auch einen jungen Kommunisten namens Metzger um. In der Nacht auf den 6. März erhängten Nationalsozialisten im Spritzenhaus der Dolgesheimer Feuerwehr den jüdischen Sozialdemokraten und Angehörigen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Julius Frank. Und in Framersheim überfiel ein weiterer Trupp zwei jüdische Familien, schoss mit Pistolen auf sie und verletzte zwei Frauen schwer.

Mit der Verkündung des „Zweiten Gesetzes der Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 7. April 1933 wurden die Länder vollends dem Reich untergeordnet. Der hessische Gauleiter Jakob Sprenger wurde infolgedessen Anfang Mai zum Reichsstatthalter ernannt und übernahm die Führung der Landesregierung im Volksstaat Hessen.

Neben den Gleichschaltungsmaßnahmen „von oben“ gab es auch eine „freiwillige Selbstgleichschaltung“ von einzelnen Bürgern und Vereinen, die sich im „vorausseilenden Gehorsam“ den neuen Machthabern angedient hatten, sei es aus innerer Überzeugung, aus Angst oder weil sie sich dadurch Vorteile für sich und ihre Familien erhofften. Best konnte sich bei der Verfolgung und Terrorisierung der politischen Gegner in Hessen nicht nur auf seine SS-Sonderkommandos verlassen, die die unbescholtenen Männer verhafteten und nach Osthofen abtransportierten, sondern auch auf die Denunziationsbereitschaft vieler Zeitgenossen.



Landtagseröffnung und Amtseinführung des hessischen Reichsstatthalters und Führers der Landesregierung Jakob Sprenger rechts vor Landtagsgebäude und Wagen stehend, den Hitlergruß darbietend.